Wie die Ausbildung in Berlin besser werden soll

14.08.19 | Berlin

Wie die Ausbildung in Berlin besser werden soll

Sonderkommission „Ausbildungsplatzsituation und Fachkräftesicherung Berlin“ will mehr Praktikumsplätze und Lehrstellen in der Stadt

Auf Einladung des Regierenden Bürgermeisters tagte am 12. August 2019 die Sonderkommission „Ausbildungsplatzsituation und Fachkräftesicherung“. In dem Gremium sind mit dem Land Berlin, der Bundesagentur für Arbeit, den Sozialpartnern und Kammern die relevanten Akteure des Ausbildungsmarktes vertreten. Richtschnur für die Arbeit ist die „Berliner Vereinbarung 2015-2020“, in der sich die Akteure gegenüber dem Referenzjahr 2014 verschiedene Ziele gesetzt haben. So soll die Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss auf weniger als sieben Prozent sinken. Das Übergangssystem soll zudem transparenter werden und stärker auf die Ausbildung ausgerichtet sein. Ein weiteres Ziel ist es, die Lösungsquote bei Ausbildungsverträgen auf unter 30 Prozent zu senken.

Die Berliner Wirtschaft sagt in der Berliner Vereinbarung zu, ausreichend Plätze für Praktika und Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung zu stellen. Außerdem verpflichtet sie sich, bis 2020 die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsstellen um 1.000 zu erhöhen.

Zwischenbilanz mit Licht und Schatten

Die Zwischenbilanz für das Ausbildungsjahr 2018/2019 fiel gemischt aus. Positiv hervorzuheben ist, dass die Unternehmen seit 2014 bereits 3.800 zusätzliche betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet haben. Allerdings ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge nicht im gleichen Maße gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr gab es ein Plus von 400 auf 15.000 Ausbildungsverträge. Es bleibt dabei: Auf dem Berliner Ausbildungsmarkt bleibt es schwierig, freie Stellen und unversorgte Bewerber zusammenzubringen. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze ist daher auf einen Höchstwert von mehr als 1.700 gestiegen.

Vorschläge der UVB

UVB-Vizepräsident Christian Andresen plädierte deshalb für weitere Verbesserungen bei der Berufs- und Studienorientierung von Schülerinnen und Schülern. Insbesondere die Arbeit der Jugendberufsagentur müsse dazu genutzt werden, Defizite beim Matching zu identifizieren, um das Übergangssystem zielgenauer ausrichten zu können. "Für die Betriebe ist es wichtiger denn je, alle jungen Menschen zu erreichen, die für eine Ausbildung in Frage kommen – Abiturienten ebenso wie Schulabbrecher", befand er.

Weiter regte Christian Andresen eine bessere Zusammenarbeit der Ausbildungsakteure in den Ländern Berlin und Brandenburg an. In Brandenburger Unternehmen gebe es zahlreiche Chancen für unversorgte Bewerber in Berlin. Wichtig seien hier die Unterstützung von Mobilität und Unterbringung. Mit dem gemeinsamen Azubi-Ticket für Berlin und Brandenburg, sei ein guter erster Schritt gemacht worden, dem weitere folgende müssen.

Geflüchtete retten die Ausbildungsstatistik

Positiv bewertet wurde von den Akteuren das gemeinsame Engagement bei der Integration von Geflüchteten in Ausbildung. Zuletzt hatten zwölf Prozent aller Ausbildungsplatzbewerber in Berlin einen Fluchthintergrund. Im Bund beträgt dieser Wert lediglich 7,3 Prozent. Die Geflüchteten kompensieren damit zu einem Teil das bei den übrigen Jugendlichen weiter rückläufige Interesse an einer dualen Berufsausbildung.

Quoten bei Schulabbrüchen und Vertragslösungen weiter deutlich zu hoch

Die Schulabbrecherquote zu senken, ist bislang nicht erreicht worden, ähnlich ist es bei der Lösung von Ausbildungsverträgen. Der Anteil der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist gegenüber 2014 von 9,7 Prozent auf 10,8 Prozent gestiegen. Die Quote der Vertragslösungen liegt mit 33,6 Prozent auf dem Niveau von 2014, das liegt deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von 25,7 Prozent.

Die UVB hat der Bildungssenatorin Sandra Scheeres angeboten, sich an der neuen „Expertenkommission zur Verbesserung der Schülerleistungen und des Schulsystems“ zu beteiligen. Wir begrüßen die Aussage des Regierenden Bürgermeisters, wonach das Land Berlin auf eine bessere Beteiligung der Berliner Schulen an der Zertifizierung für ein „Qualitätssiegel für exzellente Berufs- und Studienorientierung“ hinwirken werde.

Kommission strebt Verbesserungen bei Schulpraktika an

Weitere Themen der Kommission waren die Vorstellung von drei Projekten zur Berufs- und

Studienorientierung, ein Sachstandsbericht zur Jugendberufsagentur sowie die Verabschiedung einer Vereinbarung über ein Konzept zur Qualitätsoffensive zur Stärkung betrieblicher Praktika. Ziel ist es die Qualität der Vor- und Nachbereitung von Praktika in den Schulen, der Durchführung in den Betrieben und der Entscheidung der Schülerinnen und Schüler bei der Wahl des Praktikums zu verbessern.

Blick nach vorn

Einig war sich die Kommission in dem Punkt, die Berliner Vereinbarung im kommenden Jahr über das Jahr 2020 hinaus fortzuschreiben. Im Zentrum stehen sollen die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit, die Berufs- und Studienorientierung, das Image der dualen Berufsausbildung, die Inklusion von behinderten Menschen sowie eine bessere Ansprache von leistungsstärkeren Jugendlichen.

Die gemeinsame Pressemitteilung der Partner der Sonderkommission finden Sie hier.

Download

Konzept zur Qualitätsoffensive zur Stärkung betrieblicher Praktika (PDF 161 KB)

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressemeldung des Berliner Senats

Sonderkommission Ausbildungsplatzsituation: Positive Trends fortsetzen

Ihre Ansprechpartner zum Thema Ausbildung

Hauptgeschäftsführer

Alexander

Schirp

Telefon:
+49 30 31005-101

Telefax:

+49 30 31005-160

E-Mail:
Schirp [at] allgemeiner-verband.de

Download VCF

Berufs-, Schul- und Ausbildungspolitik

Thoralf

Marks

Telefon:
+49 30 31005-209

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Marks [at] allgemeiner-verband.de

Download VCF